

STABILITÄT ODER KRISE: HAT AFRIKA DIE WAHL?

AFRIKAKONFERENZ AM 25. OKTOBER 2011 IN BERLIN

EINLEITUNG

Auf Einladung der Deutschen Afrika Stiftung (DAS) und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) fand am 25. Oktober 2011 in Berlin die jährlich stattfindende Afrikakonferenz mit dem Thema „Stabilität oder Krise: Hat Afrika die Wahl?“ mit afrikanischen und deutschen Vertretern aus Politik und Wissenschaft statt. Ziel der Veranstaltung war es, einen Einblick in die demokratischen Prozesse verschiedener afrikanischer Länder zu gewähren und den Stand der Demokratie auf dem vielfältigen afrikanischen Kontinent zu diskutieren. Dabei standen nicht nur die organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Wahlprozessen im Vordergrund, sondern auch das Instrument selbst: Wahlen als Aushandlungsprozess legitimer, politischer Macht und deren Erfolg in Afrika.

Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, eröffnete die Konferenz. Im afrikanischen „Superwahljahr“ 2011 begrüßte er die afrikanischen Experten zum Thema Wahlen, die Delegationen aus Ghana, Kenia und Nigeria sowie die Gastreferenten aus anderen Teilen des Kontinents. Bis zum Jahresende 2011 haben aller Voraussicht nach insgesamt 22 Präsidentschafts- und/oder Parlamentswahlen stattgefunden, darunter in politisch wichtigen Ländern wie der DR Kongo, Nigeria und Kamerun. Aber auch in den Ländern des Arabischen Frühlings, Tunesien und Ägypten, werden mit Spannung Ausgang und Folgen der Wahlen erwartet.

Hartwig Fischer MdB, Präsident der Deutschen Afrika Stiftung, hob in seinen Grußworten die Côte d'Ivoire als exemplarisch hervor: Die Wahlen 2011 hätten gezeigt, dass die Demokratie die Akzeptanz der Bevölkerungen eines Großteiles der Staaten Afrikas genießt. Dies gilt jedoch nicht für viele der Machthaber Afrikas. Wahlen seien für sie meist nur gleichbedeutend mit einer möglichen Machtübergabe und Prestigeverlust. Die Entsendung von Wahlbeobachtern und die Vorberei-



zung der Wahlen spielen in Afrika eine wichtige Rolle, aber es fehle immer noch sehr oft an Mechanismen zur Nachbereitung, so Fischer. Die Politischen Stiftungen können einen großen Beitrag für die Durchführung und Gewährleistung von freien und fairen Wahlen leisten. Dies könne und solle allerdings nur geschehen, wenn diese Hilfe auch von den jeweiligen Ländern erwünscht sei.

Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hartwig Fischer MdB, Präsident der Deutschen Afrika Stiftung.

DAS DEMOKRATISCHE VORBILD GHANA

Mit seiner Rede zum Thema „Afrikas Vorbild? Demokratie und Wahlen in Ghana“ ging der Vorsitzende und Präsidentschaftskandidat der ghanaischen New Patriotic Party (NPP), Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, auf den demokratischen Prozess in seinem Land ein und schilderte detailliert neben den Fortschritten auch die immer noch existierenden Hindernisse in der schon etablierten Demokratie Ghanas. „In Ghana gibt es keine Hysterie, was Wahlen angeht. Sie sind ein ganz normaler Teil des Lebens unserer Gesellschaft“, betonte Akufo-Addo und fügte hinzu, dass er die Hoffnung hege, in Zukunft auf Wahlbeobachter aus Europa in seinem Land verzichten zu können.



*Nana Addo Dankwa Akufo-Addo,
Präsidentschaftskandidat der
ghanaischen New Patriotic Party (NPP).*

*Prof. Dr. Abdul-Monem Al-Mashat,
Fakultät für Wirtschaft und Sozialwissen-
schaften der Future University in Kairo.*

Der ghanaische Spitzenpolitiker gab einen Einblick in die Durchführung und Prozesse der demokratischen Reformen anlässlich der bevorstehenden Wahlen. Dabei ging er intensiv auf die historischen Rahmenbedingungen des westafrikanischen Landes seit der Unabhängigkeit 1957 ein, die eine Epoche vieler Militärputsche nach sich zog. Akufo-Addo hob jedoch hervor, dass Ghana nun seit fast zwanzig Jahren politische Stabilität vorzuweisen habe. „Nach mehreren autoritären Regimen hat sich der Wunsch des ghanaischen Volkes nach Demokratie durchgesetzt“, so der Vorsitzende der NPP. Ein wichtiger Aspekt für die ghanaische Demokratie sei die Tatsache, dass Ghana friedliche, demokratisch legitimierte Machtwechsel vorweisen kann. So wurde bei den Wahlen 2000 und 2008 die jeweils regierende Partei per Votum durch die Wähler abgewählt. Diese Übergabe von Macht an die politische Opposition zeige deutlich, dass nicht nur das ghanaische Volk, sondern auch die politische Elite des Landes die Demokratie als momentan einzig legitime Regierungsform akzeptiert habe.

BESSERE WÄHLERREGISTRIERUNG, WENIGER WAHLFÄLSCHUNG

Die Weiterentwicklung des Wahlprozesses ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil, um faire Wahlen zu garantieren. Seit den Wahlen 1996 kann das Ghana stetig Fortschritte in Bezug auf eine korrekte Wählerregistrierung aufweisen. So wurden zum Beispiel die Personalausweise immer fälschungssicherer. Bei den Wahlen 1996 dienten durchsichtige Wahlurnen dazu, die Wahlfälschung zu erschweren, und im Jahr 2000 wurden Personalausweise mit farbigem Lichtbild eingeführt, was eine bessere und eindeutige Wähleridentifizierung ermöglichte. Für die nächsten Wahlen ist geplant, eine biometrische Registrierung von allen Wahlberechtigten vorzunehmen. Dies, so Akufo-Addo, dürfe jedoch nicht die Wählerverifizierung im Wahllokal ersetzen, denn nur ein korrekter Wählernachweis

könne einer potentiellen mehrfachen Stimmenabgabe Einhalt gebieten.

DEMOKRATISCHER AUFBRUCH IN NORDAFRIKA? DAS BEISPIEL ÄGYPTEN

Der ägyptische Professor Dr. Abdul-Monem Al-Mashat von der Fakultät für Wirtschaft und Sozialwissenschaften der Future University in Kairo erläuterte in seiner Rede mit dem Titel „Nachzügler oder Vorreiter? Demokratischer Aufbruch in Nordafrika?“ die aktuelle politische Situation Ägyptens, fast einen Monat vor den ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes.

Während in Ghana für 2016 schon über eine digitale Wahl nachgedacht wird, weist das nordafrikanische Land noch Defizite in Sachen Demokratie auf. Prof. Al-Mashat betonte, dass selbst viele seiner Kollegen, ihn mit eingeschlossen, von den jüngsten Ereignissen des Arabischen Frühlings überrascht worden seien. Die arabische Kultur wurde als veränderungsresistent und die arabische Bevölkerung als nicht revolutionsfreudig bewertet. Die politischen Umbrüche Nordafrikas haben diese weit verbreitete Meinung nun deutlich widerlegt. Die Gegenwart und Zukunft der Wissenschaft muss sich nun hauptsächlich damit beschäftigen, wie und warum es zu den aktuellen Revolutionsbewegungen in der arabischen Welt kommen konnte.

DAS PHÄNOMEN DER SOZIALEN NETZWERKE

Einer der Hauptgründe lässt sich schon heute benennen: Der Einfluss der neuen sozialen Netzwerke ermöglichte die Mobilisierung der gut ausgebildeten Jugend, gerade aus der Mittelschicht, so Prof. Al-Mashat. Dennoch sei zu bemerken, dass die sogenannten Revolutionen nur sehr langsam voranschrei-



*Nana Addo Dankwa
Akufo-Addo.*

Jürgen Langen, Generalsekretär der Deutschen Afrika Stiftung.

*Prof. Dr. Abdul-Monem
Al-Mashat.*

ten. Dies liege vor allem an der fehlenden Führung, Organisation und politischen Plattform. Die „Jungrevolutionäre“ hätten es momentan noch nicht geschafft, die älteren Generationen, die sehr autoritär geprägt seien, mitzureißen. Ebenso seien die alten, elitären Führungsschichten nicht abgelöst worden, sondern nähmen weiterhin einen wichtigen Stellenwert in den respektiven Gesellschaften ein, betonte der Wissenschaftler. Dies zeige sich momentan durch die übergroße Macht des ägyptischen Militärrates.

Die ägyptische Geschichte scheine sich zu wiederholen. Zwar wurde schon 1953 die Republik ausgerufen, doch auch vor dem autoritären Regime Hosni Mubarak erlebte das Land keine freien demokratischen Wahlen. Nach dem Sturz König Faruks 1952 regierten ebenfalls die Generäle. Laut Al-Mashat sei die revolutionäre Jugendbewegung der arabischen Welt in der momentanen Situation durchaus als Vorreiter im Kampf für Demokratie anzusehen, jedoch habe die Revolution bisher ihre Ziele nicht erreicht. Dies zu ändern, liege nun in der Hand des ägyptischen Volkes.

Den einzigen Weg, eine wirkliche Systemänderung herbeizuführen, sieht Prof. Al-Mashat im Vorantreiben der demokratischen Aufklärung. In einem Land wie Ägypten, welches sechzig Jahre lang autoritär geführt wurde und in dem es etwa 25 Prozent Analphabeten gibt, seien politische Bildungsmaßnahmen von fundamentaler Bedeutung. Genau dieses Ziel verfolgt Prof. Dr. Abdel-Monem Al-Mashat, indem er Workshops zu Demokratie, Wahlen, Wahlabläufen und Wahlprozessen abhält und organisiert.

DURCHFÜHRUNG UND WEITERENTWICKLUNG DES POLITISCHEN INSTRUMENTS „WAHLEN“

Die folgende Podiumsdiskussion mit Beteiligung von Nana Addo Dankwa Akufo-Addo und Prof. Dr. Abdul-

Monem Al-Mashat unter der Leitung von Jürgen Langen, Generalsekretär der Deutschen Afrika Stiftung, befasste sich mit der Frage, wie freie und faire Wahlen durchgeführt und gewährleistet werden können, da diese insbesondere mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Nordafrika eine entscheidende Rolle für den demokratischen Transformationsprozess einnehmen.

Ein wesentlicher Bestandteil für einen freien, geheimen und fairen Ablauf zukünftiger Wahlen sei die Bildung neutraler und unabhängiger Wahlkommissionen. Hierbei spiele die Zusammensetzung, insbesondere die Eignung der Beteiligten und die Einbeziehung der wissenschaftlichen Elite, eine entscheidende Rolle für den Wahlprozess in Ghana, so Akufo-Addo.

Des Weiteren muss der ghanaischen „Diaspora“ in Zukunft mehr Gewicht zugeschrieben werden. Auf lange Sicht gesehen müsse es eine der Hauptaufgaben der politischen Klasse und der Zivilgesellschaft sein, auch die im Ausland lebenden Ghanaer an die Wahlurnen zu bringen. Akufo-Addo betonte, wie interessiert die Auslandsgemeinde am aktuellen politischen Geschehen in Ghana sei. Dies äußere sich unter anderem durch finanzielle Unterstützung und Meinungsäußerung, insbesondere in den Online-Medien.

Im Falle Ägyptens gälte es zunächst einmal, die Sicherheit der Bevölkerung bei den anstehenden Wahlen zu gewährleisten. Wie schon zuvor, betonte Prof. Al-Mashat die Notwendigkeit einer demokratischen Erziehung der Gesellschaft. Der Professor unterstrich an dieser Stelle die Bedeutung der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Demokratieförderung in Ägypten. Dennoch brauche es noch viel Zeit, denn die Menschen müssten erst verstehen lernen, dass die Vielfalt einer Demokratie etwas Positives bedeute. „Dass ich eine andere Meinung haben kann und dass das in Ordnung ist, diese Meinungsfreiheit ist ein demokratischer Wert, der in Ägypten erst ankommen muss.“

Stabilität oder Krise: Hat Afrika die Wahl?



*Bild rechts: v.l.n.r.
Francis Adah, Mitglied des nigerianischen Repräsentantenhauses
Abdikadir Hussein Mohammed,
kenianisches Parlamentsmitglied und
Träger des Deutschen Afrikapreis 2011
Dr. Klaus Pähler, Leiter des KAS-
Auslandsbüros Nigeria
Prof. Dr. Dr. Joseph Diescho,
namibischer Professor an der
University of South Africa in Pretoria.*



In diesem Kontext solle man beim nächsten gewählten Parlament Ägyptens nicht von einem Revolutionsparlament, sondern vielmehr von einem Transitionsparlament sprechen. Erst die übernächsten Wahlen seien somit als wirkliche Wahlen eines Revolutionsparlamentes anzusehen, da sich die politische Kultur erst entwickeln müsse. Für ein wirklich durch und durch demokratisches Parlament, vom Professor „Take-Off-Parlament“ benannt, bedarf es mindestens noch zwei Legislaturperioden. Der viel geäußerten Angst des Auslands vor einer starken islamistischen Partei hielt er die Skepsis vieler junger Leute gegenüber den Islamisten entgegen.

DIE ROLLE DER MEDIEN UND DER INTERNATIONALEN WAHLBEOBACHTER

Akufo-Addo wie auch Prof. Al-Mashat stimmten darin überein, dass die Massenmedien eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung hin zu freien und fairen Wahlen einnehmen werden. In Ghana habe sich, so Akufo-Addo, die Medienlandschaft in letzter Zeit erheblich verändert. Der Zugang zu immer mehr unabhängiger und internationaler Berichterstattung habe deutlich zugenommen und der Einfluss der staatlichen Medien spürbar abgenommen.

In Ägypten werde sich der Einfluss der staatlichen Medien auch zwangsläufig verändern, so Prof. Al-Mashat. Die Unterstützung, die islamistische Parteien aus den Golfstaaten bekommen, spiele hierbei eine entscheidende Rolle, der Einfluss sei jedoch noch nicht messbar. Die ehemals für das Regime Mubarak agierenden Medien zeigten sich momentan eher neutral und nicht aktiv Partei ergreifend, was auch damit zu tun habe, dass es zum ersten Mal keine Regierungskandidaten gäbe.

Das Thema der Bedeutung von ausländischen Wahlbeobachtern dominierte die Diskussion. Akufo-Addo

betonte nochmals, dass es ein elementares Ziel sein müsse, in Zukunft auf ausländische Wahlbeobachter zu verzichten, auch wenn diese momentan durchaus sinnvoll seien und unterstützend wirkten. In diesem Zusammenhang erklärte Prof. Al-Mashat, dass es in der Vergangenheit keinerlei Akzeptanz für eben diese ausländische Wahlbeobachter in Ägypten gegeben hätte. Die Beobachter wurde vielmehr als stille „Zeugen“ angesehen, die jedoch keine tatsächliche Kontrollfunktion inne hatten. Auch Jürgen Langen betonte, dass die Entsendung europäischer Wahlbeobachter zukünftig kein alleiniges Mittel darstellen könne, damit sich die einwandfreie Durchführung von Wahlen etabliere.

Akufo-Addo machte deutlich, dass es für einen mit Gewalt und Geld errungenen Wahlsieg schon heute auf dem afrikanischen Kontinent keine Akzeptanz mehr gäbe. Die Bevölkerungen der afrikanischen Staaten strebten vielmehr nach einer „aufrichtigen und demokratischen Regierung.“ Hierauf aufbauend, sagte Prof. Al-Mashat, dass Wahlen am Ende des demokratischen Prozesses stünden. Freie und faire Wahlen seien vielmehr das Produkt eines Bildungsprozesses, in dem die Politik, aber auch die Zivilgesellschaft dem Bildungs-auftrag, einer Vermittlung und Implementierung demokratischer Grundwerte, nachkommen müsse.

AUF DER SUCHE NACH EINER „AFRIKANISCHEN FORM“ DER DEMOKRATIE

Haben Afrikaner die Möglichkeit, bei Wahlen zwischen „trügerischer Stabilität oder demokratischen Aufbruch“ zu entscheiden, fragte Moderator Dr. Klaus Pähler zu Beginn des zweiten Panels seine Gäste. Oder entscheiden vielmehr die politischen Strukturen, nicht aber die Kandidaten, die zur Wahl stehen, über die weitere demokratische Entwicklung? Zu dieser Podiumsrunde begrüßte Dr. Klaus Pähler, Leiter des KAS-Auslandsbüros



Nigeria, neben Abdikadir Hussein Mohammed, kenianisches Parlamentsmitglied und Träger des Deutschen Afrika-preis 2011, und Francis Adah, Mitglied des nigerianischen Repräsentantenhauses, den namibischen Professor Dr. Dr. Joseph Diescho von der University of South Africa in Pretoria.

Abdikadir Hussein Mohammed begann seine Rede „Politische Stabilität und Demokratie in Afrika“ mit einem sinngemäßen Zitat von Karl Popper: „Demokratie heißt grundsätzlich, dass die Menschen die Möglichkeit haben, ihre Regierung ohne Blutvergießen loszuwerden.“ Wie für Prof. Al-Mashat sind auch für Mohammed Wahlen nur ein Teil des demokratischen Prozesses. „Eine gute Verfassung, die Unabhängigkeit der Medien und die Unabhängigkeit eines Wahlkomitees sind für eine Demokratie außerordentlich wichtig.“ Als einen der wichtigsten Aspekte sieht der Kenianer, dass die Gesetzgebung und somit die Verfassung für und mit den Menschen ausgehandelt wird. Denn nur so kann diese auf lange Sicht Bestand haben. Mohammed betonte, dass es nicht der Weg sein könne, die Demokratie – zum Beispiel die der Europäer – „eins zu eins“ zu kopieren.

MEHR AKZEPTANZ FÜR EINE DEMOKRATISCHE ORDNUNG

Die Länder Afrikas sind nach Meinung Mohammeds auf einem guten Weg, ihre eigene Form der Demokratie

zu erlangen. Dennoch zeige auch das Beispiel Kenias, dass es immer wieder Rückschläge gäbe. „Kenia hat gute, sehr gute, schlechte und hässliche Wahlen in seiner Geschichte erlebt“, so Mohammed. Und dennoch ist hervorzuheben, dass das Afrika von heute ein ganz anderes ist als das vor zwanzig Jahren.

Ein Beispiel für diese Veränderung schilderte im Anschluss Francis Adah, als er über die Wahlen vom April 2011 in Nigeria berichtete. Weltweit wurden diese von Beobachtern – relativ betrachtet – als die wohl besten in der Geschichte des Landes wahrgenommen. Für Adah liegt einer der Hauptgründe in der nigerianischen Bevölkerung, die sich immer stärker in den demokratischen Prozess einbrachte und Fragen stellte. Außerdem sei ein deutliches Streben nach politischer Partizipation zu spüren. Die Bevölkerung vertraue mittlerweile den Gerichten und akzeptiere, also legitimiere, die Wahlergebnisse. Dennoch gäbe es auch in Nigeria immer noch tief greifende Probleme, die insbesondere auf den Konflikten zwischen den einzelnen ethnischen und religiösen Gruppen beruhten und mit Folgen für demokratische Prozesse verbunden seien.

SELBSTZWEIFEL UND MANGEL AN FÜHRUNG GEFÄHRDEN DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG

Professor Dr. Dr. Joseph Diescho benannte als ein zentrales Problem den Sammelbegriff „Afrika“ selbst. Er



*v.l.n.r.
Francis Adah,
Abdikadir Hussein
Mohammed,
Dr. Klaus Pähler,
Prof. Dr. Dr. Joseph
Diescho.*

übte Kritik an der Verallgemeinerung des afrikanischen Kontinents, die die Diversität Afrikas nicht berücksichtige. „Wir leben zwar alle auf demselben Kontinent, aber alle Länder sind sprachlich, geschichtlich und kulturell so unterschiedlich, dass eine Verallgemeinerung gefährlich ist.“ Wenn man jedoch über die Demokratie spricht, findet Prof. Diescho einen gemeinsamen Nenner. „Das Problem ist die Führung und nicht das Wasser, die Nahrung oder die Ressourcen. Afrika ist ein reicher Kontinent, viele Länder werden aber schlichtweg schlecht regiert“, so Diescho.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Selbstwahrnehmung der Afrikaner. Der Mangel an Selbstbewusstsein schwächt die demokratischen Prozesse. Laut Prof. Diescho könne es auf einem Kontinent, wo Selbstmitleid, Selbstzweifel und Selbsthass dominieren, zu keinem weitreichenden Fortschritt auf politischer und wirtschaftlicher Ebene kommen. Die Abwanderung vieler gut ausgebildeter Afrikaner verschlimmere hierbei noch die Situation. Am Beispiel Südafrika könne man sehen, dass heute immer noch die Expertise, gerade im landwirtschaftlichen Sektor bei der weißen Minderheit liege. „Es kann jedoch nur Wirtschaftswachstum geben, wenn man seine Leute füttern kann“, so Diescho.

Die fortbestehende Bereicherung vieler etablierten afrikanischen Eliten sorge letztlich dafür, dass es kein Bestreben nach einer gerechten Verteilung des existierenden natürlichen Reichtums gäbe. Ein wichtiger Punkt ist für Abdikadir Hussein Mohammed die Integration sämtlicher Bevölkerungsgruppen. Da viele Länder Afrikas sehr heterogen geprägt sind, müsse ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Prozesses die Integration von Minderheiten sein. „Das Gleichheitsprinzip, also das Anrecht aller ethnischen Gruppen auf die staatlichen Ressourcen ist in Kenia schon in Kraft und trägt Früchte“, sagte Mohammed.

OHNE WAHLNIEDERLAGE KEINEN WAHLSIEG

Ein chronisches Problem für die Demokratie in vielen Teilen Afrikas sei auch, dass es kaum eine Wahl gäbe, bei der die Verlierer das Resultat akzeptieren würden, wie die diesjährigen Ereignisse in der Elfenbeinküste gezeigt haben. „Wahlen scheinen nur für die Gewinner gut zu sein“, sagte Diescho. Am Beispiel der letzten Wahlen in den USA erklärte der Namibier wie Demokratie auch funktionieren kann. So war es nicht der Gewinner Barak Obama, der der Welt mitteilte, dass er gewonnen habe, sondern sein Konkurrent und Verlierer John McCain.

In diesem Fall sei Ghana ein Vorbild. Prof. Diescho lobte den ghanaischen Präsidentschaftskandidaten Akufo-Addo, der sich 2008 in einer Stichwahl gegen John Atta-Mills nicht durchsetzen konnte und „diese Niederlage mit Anmut akzeptierte“, um die Stabilität des Landes zu garantieren. In der Stichwahl hatte Atta-Mills (National Democratic Congress) 50,23 Prozent der Stimmen erhalten, während auf den Kandidaten Akufo-Addo laut Wahlkommission „nur“ 49,77 Prozent der Stimmen entfielen. Es lagen nur knapp 40 000 Stimmen zwischen den beiden Kandidaten, doch wie Akufo-Addo betonte, verspürte er „den Druck eine Neuauszählung nicht einzufordern, damit das demokratische System Ghanas vor die eigenen persönlichen Interessen trete.“

DIE DEMOKRATIE IST IN AFRIKA ANGEKOMMEN

Afrika hat also die Wahl. Wie schon in der Begrüßungsrede durch Dr. Gerhard Wahlers hervorgehoben, zeigt sich, „dass die überwiegende Mehrheit der Afrikaner die Demokratie als Herrschaftsform befürwortet und der Despotie und Diktatur eine Absage erteilt.“



Dr. Pähler betonte jedoch nochmals die Idee des Afrika-preisträgers Mohammed, dass aber „die Entscheidung über die Art und Form der Demokratie in den Händen des Volkes liegen muss.“ Systeme wie in Malaysia oder Singapur haben gezeigt, dass auch autokratisch geprägte Staaten auf ihre Weise Fortschritt erlangen können. Hierauf eingehend sagte Prof. Diescho, dass sich gerade Afrika aufgrund seiner Geschichte neu definieren müsse. Ein wesentlicher Bestandteil sei die Selbstakzeptanz und das „Sich-Lieben-Lernen“. „Afrika kann von den europäischen Demokratien lernen, muss aber etwas Eigenes daraus machen“, so Diescho.

Stabilität oder Krise? Für Abdikadir Hussein Mohammed kein Widerspruch. Stabilität könne lähmend wirken und Fortschritt verhindern. Auf der anderen Seite könne Stabilität zu einer größeren Akzeptanz der Demokratie führen, da sich demokratische Prozesse etabliert würden. Genauso gälte es den Begriff der Krise differenzierter zu betrachten. In Krisenzeiten könne es zu schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Problemen kommen, jedoch könne eine Krise auch Aufbruch und Veränderung mit sich ziehen, so wie dies die aktuellen Ereignisse in der arabischen Welt zeigten, erklärte Mohammed.

WAS KÖNNEN GEBERLÄNDER FÜR DIE DEMOKRATIE IN AFRIKA TUN?

In Zukunft besteht nun die Aufgabe der westlichen Demokratien darin, den Afrikanern unterstützend zur Seite zu stehen. Hierbei sollte sich die Politik insbesondere auf die Förderung im Bereich der politischen Bildung konzentrieren. Alle Teilnehmer betonten, wie

wichtig die Hilfe aus dem außer-afrikanischen Ausland momentan sei, dass diese aber nicht bedeuten könne, den Afrikanern eine bestimmte Form von Demokratie aufzuzwingen. Wesentliche Pfeiler der Demokratisierung in Afrika müssten die Afrikaner selbst setzen.

Die Entwicklungspolitik der Deutschen Bundesregierung, insbesondere die Politischen Stiftungen, stellen in den demokratischen Prozessen, speziell im Feld der Förderung neuer politischer Eliten und einer politisch aktiven Zivilgesellschaft, Expertise zur Verfügung und setzen hier ihre Mittel ein. Von elementarer Bedeutung ist hierbei, die Komplexität des afrikanischen Kontinents nicht aus dem Auge zu verlieren und länderspezifisch zu agieren. Gerade die jüngsten Ereignisse auf dem Tahrir-Platz in Kairo zeigen, dass das Instrument „Wahlen“ nur ein Mosaikstein im gesamt-demokratischen Prozess darstellt. Die Demokratie ist nicht als ein starres, eindimensionales Gebilde zu betrachten, sondern sieht sich fortlaufend mit Umbrüchen und Veränderungen konfrontiert, und kann ohne die Existenz einer politisch gebildeten und interessierten Gesellschaft nicht funktionieren. Afrika, oder besser gesagt, die vielfältigen Länder des afrikanischen Kontinents, haben in den Jahrzehnten der Dekolonialisierung riesige Umbrüche und Transformationsprozesse durchlebt. Es zeigt sich, dass die Demokratie als vorherrschende Regierungsform auf einem großen Teil des afrikanischen Kontinents angekommen ist. Dennoch bedarf es noch einiger Zeit, bis sich der Kontinent seine eigene, für sich passende, Demokratieform erarbeitet und entwickelt hat. In diesem Moment ist allerdings schon eines klar und deutlich: Afrika hatte die Wahl und hat sich für die Demokratie entschieden.

AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZUR AKTUELLEN POLITISCHEN LAGE IN AFRIKA

- Anton Bösl, André du Pisani, Gerhard Erasmus, Trudi Hartzenberg, Ron Sandrey (Hrsg.): *Monitoring Regional Integration in Southern Africa Yearbook, Volume 10* (2010)
Stellenbosch, Südafrika 2011, ISBN: 978-0-9814221-9-0
<http://www.kas.de/namibia/de/publications/23283/>
- AFRIKAS II – Berichte, Analysen, Eindrücke aus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika
Sankt Augustin 2011, ISBN: 978-3-941904-57-6
<http://www.kas.de/uganda/de/publications/22139/>
- Rule of Law Program For Sub-Saharan Africa
Hartmut Hamann und Jean-Michel Kumbu (Hrsg.):
Konrad Adenauer Stiftung – African Law Study Library, Volume 6
Nairobi/Kenya 2011, ISBN: 978-9966-021-02-1
<http://www.kas.de/rspssa/de/publications/23549/>
- Professor Nico Horn (Hrsg.):
Namibia Law Journal, Volume 03, Issue 02
Windhoek, Namibia 2011, ISSN: 2072-6678
<http://www.kas.de/namibia/de/publications/22060/>
- Professor Evance Kalula (Hrsg.):
SADC Law Journal, Volume 1
Windhoek, Namibia 2011, ISSN: 2026-7193
<http://www.kas.de/namibia/de/publications/23107/>
- Anton Bösl
Afrika im Aufbruch. Thesenpapier: Plädoyer für eine Neuausrichtung der deutschen Afrikapolitik 2010
Sankt Augustin/Berlin 2010, ISBN 978-3-941904-67-5
<http://www.kas.de/wf/de/33.20335/>
- Anthony Butler (Hrsg.):
Paying for Politics – Party funding and political change in South Africa and the global South
Johannesburg, Südafrika 2010, ISBN: 978-1-77009-784-1
<http://www.kas.de/suedafrika/de/publications/21308/>



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

Text

Maximilian Benjamin Hedrich

Redaktion

Elisabeth Enders,
Maximilian Benjamin Hedrich

Fotos

Josephine Landertinger Forero

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-67-0

www.kas.de